

Die Volksrepublik Ungarn.

Konstituierung des Bürgerbundes.

Heute abend hat sich in den Räumlichkeiten der Leopoldstädter Nachtundvierziger Unabhängigkeitspartei der Bürgerbund konstituiert. Den Vorsitz führte Martin Lovász. Von den Mitgliedern der Regierung waren anwesend die Staatssekretäre Desider Abraham und Alexander Juhász-Ragy.

Martin Lovász berichtete über die Vorarbeiten der Vorbereitungscommission. „Mit Freude und Begeisterung“ führte er aus, „haben wir die Erfahrung gemacht, daß die Organisierung des Bürgertums in den weitesten Schichten der Gesellschaft zustimmenden Anklang gefunden hat. Die erhebenden Anzeichen des Anschlußwillens, denen wir begegnen, sind ein Unterpfand des Erfolges. Das ganze Land und insbesondere die Hauptstadt sind durchdrungen von der Ueberzeugung, daß die Organisierung des Bürgerbundes keineswegs einem Masseninteresse dient, sondern einen dem Vaterlande in der gegebenen schwierigen Lage erwiesenen, wertvollen Dienst darstellt, der uns alle mit Genugtuung und bürgerlichem Bewußtsein erfüllt.“

Sodann unterbreitete Lovász das Programm in des Bürgerbundes, das wie folgt lautet:

„Aus allen Schichten der arbeitenden Bürgerschaft bilden wir einen Bürgerbund, in dem alle, deren Schicksal und Ziele gemeinsam sind, sich zusammenschließen und aneinanderschließen sollen. Beruf, Arbeitskreis, Weltanschauung mögen die Bürger voneinander scheiden. Der Bürgerbund aber gibt ein Programm, das alle Bürger vereinigt. Die arbeitende Bürgerschaft macht von ihrem Rechte Gebrauch und erfüllt ihre Pflicht, indem sie die Errungenschaften der Revolution, die organisierte Einheit zu sichern wünscht. Nicht vereinzelt Stimmen, sondern die Gesamtheit der arbeitenden Bürgerschaft soll in freier Eintracht einmütig verkünden die Befestigung und die Forderung der neuen Ordnung:

An die Stelle des Vorrechts hat das Recht zu treten.

An die Stelle der Bevorrechteten hat das Volk zu treten.

Das Glück der Abstammung soll durch die Herrschaft der Arbeit abgeschafft werden.

Das Dasein des Landes, die Zukunft der arbeitenden Bürgerschaft und der Arbeiterklasse, das Schicksal von Generationen steht auf dem Spiele. Das in seinem Gebiet zerrissene Siebenbürgen wurde seiner Bergschätze, Oberungarn seiner Wälder und Fabriken beraubt: ein in seinem größten Teil vom Feinde besetztes Land darf sich den Luxus der Parteizwiste nicht gestatten. Die organisierte Einheit aller Kräfte, aller Faktoren, der hervorragendsten Köpfe, der edelsten Seelen, der von Nächstenliebe durchdrungenen ganzen Gesellschaft soll die schönere Zukunft erringen.

Diesem Ziele dient das folgende Programm:

Wir wollen, daß die Regierung die territoriale Unversehrtheit des Landes auf jede mögliche Art verteidige. — Wir wollen, daß die Regierung die Ordnung, die öffentliche Sicherheit im Lande herstelle und aufrechterhalte. — Wir wollen, daß die Regierung eine Wehrmacht organisiere, die unter Anwendung der demokratischen und humanen Grundprinzipien sich auf der Grundlage einer festen Disziplin aufbaut. — Wir wollen, daß bei der geplanten und für die Verjüngung des Landes unerlässlichen Bodenreform das Prinzip des Eigentumsrechtes und das Interesse der Mehr-

produktion zur Geltung gelangen. — Wir wollen, daß bei Verlegung des Schwergewichtes des Steuersystems auf die direkten Steuern der Grundsatz der Progressivität zur Geltung gebracht werde. — Wir wollen, daß die Uebermacht des Großkapitals durch entsprechende Verfügungen eingeschränkt werde. — Wir wollen die volle Freiheit des Handels und der Industrie und die Sicherung ihrer Lebensfähigkeit in der Weltkonkurrenz. — Wir wollen, daß die Regierung durch eine großzügige Sozialpolitik die Wohlfahrt der breiten Volksschichten mit ganzer Kraft fördere. — Wir wollen bei Wahrung der politischen und wirtschaftlichen Integrität des ungarischen Staates die volle Gleichberechtigung und die freie Selbstverwaltung der verschiedenen sprachigen Nationen des Landes. — Wir wollen den Rechtsschutz für die Gedankenfreiheit, in erster Reihe für die Versammlungsfreiheit.

Unter den Gründern des Bürgerbundes befinden sich alle Schichten der arbeitenden bürgerlichen Gesellschaft beiderlei Geschlechtes: Professoren, Lehrer, öffentliche und Privatbeamte, Kaufleute, Gewerbetreibende, Ingenieure, Ärzte, Advokaten u. d. d. h.

Auf Grund dieses Programms richten wir an alle Bürger im Lande, an alle nach Fachberuf und Arbeit in verschiedenen Parteien und Körperschaften gegliederten Organisationen des Bürgertums die Aufforderung, dem Bürgerbund beizutreten. Der Eintritt kann korporativ und individuell erfolgen. Anmeldungen sind an die Kanzlei des Bürgerbundes (Budapest, V., Koháry-utca 4) zu richten.

Die in der Provinz sich konstituierenden Bürgerbünde ersuchen wir, ihre Konstituierung und ihre Leitung der obigen Kanzlei anzuzeigen.“

Die Verlesung dieses Programms wurde mit großer Begeisterung und allgemeiner Zustimmung aufgenommen.

Martin Lovász fuhr nach Verlesung des Programms fort: „Durch dieses Programm bekunden wir vor aller Welt, daß der Bürgerbund keineswegs eine Reaktion, keineswegs die Gegenrevolution bedeutet, sondern er bedeutet den Fortschritt und die Demokratie; diesen beiden will er dienen, von ihnen weicht er nicht ab, doch gibt er kein Jota von den Errungenschaften der Revolution frei. Die Organisierung des Bürgerbundes richtet sich nicht gegen die organisierte Arbeiterschaft. Ebenso wie diese hält auch das Bürgertum sich stets den Fortschritt, die Entwicklung und die Wohlfahrt des Landes vor Augen. Bürgertum und Arbeiterschaft bedeuten im Wesen ein und dasselbe, denn auch der Bürger ist ein Arbeiter, ebenso wie auch der Arbeiter ein Bürger ist. Beide können in der gegenwärtigen schweren Zeit nur die gemeinsame Aufgabe haben, mit vereiner Kraft das Wiedererblühen des Vaterlandes herbeizuführen.“

Nachdem Dr. Georg Ragy, Dr. Soma Bizonai und Moriz Szatmári gesprochen, ergriff Ernst Szemző das Wort, um in Vertretung des Parteipräsidenten Stefan Szabó den Standpunkt der Partei der kleinen Landwirte zu entwickeln. Das Land sei zerstückelt, der kleine Teil, der uns noch geblieben, stehe in Flammen. Jetzt gelte es nicht, auf die Scheidewände zwischen den Parteien zu achten, denn alle Parteien müssen den Patriotismus haben, retten zu wollen, was noch zu retten ist. Im Namen der Partei der kleinen Landwirte gebe er die bindende Erklärung ab, daß sie mit ihrer ganzen Kraft den Bürgerbund unterstützen werde.

Martin Lovász erwiderte, diesen Anschluß mit Freude zur Kenntnis zu nehmen. In der Erhebung der Seelen schwinde jetzt jeglicher Gegensatz zwischen Dorf und Stadt dahin; jetzt müssen alle Kräfte sich zusammenscharen zur Rettung des Vaterlandes.

Auf Antrag Lovászs wurde Johann der Präsident der Partei der kleinen Landwirte Stefan Szabó mit Affirmation zum Mitpräsidenten des Bürgerbundes gewählt.

Auf die früheren Reden zurückgreifend, führte Lovász noch aus, die Lage des Landes sei so schwierig, die innere Spannung so hochgradig, daß die größte Selbstmäßigkeit geboten sei. Die erste und wichtigste Aufgabe sei die Wiederherstellung der Ordnung, nicht die Verschärfung der sozialen Gegensätze. Ungarn zerfällt heute in zwei Teile: in einem Teile stehen die Freunde der Ordnung, im anderen die Männer des Umsturzes. Im Kampfe gegen die Männer des Umsturzes müssen wir vereint mit den Sozialdemokraten vorgehen. Die Organisierung der Bürgerschaft zielt bloß auf die Wiederherstellung des gestörten Gleichgewichtes hin.

Es sprachen noch Julius Kubik, Eugen Rozsa, Alexander Petö. Dann machte Ernst Szűcs die Mitteilung, daß die Nachtundvierziger- und die Unabhängigkeitspartei des IX. Bezirks heute nachmittag eine Vollversammlung abgehalten habe, in der einmütig der Beschluß gefaßt wurde, die Gründung des Bürgerbundes freudig zu begrüßen und diesen mit dem Einverständnis aller Kräfte zu unterstützen. Eine gleiche Mitteilung machte Viktor Righ im Namen der Unabhängigkeitspartei des VIII. Bezirks.

Schließlich resümierte Lovász die Debatte, worauf das Programm mit großer Begeisterung einmütig angenommen wurde.

Die Organisationsarbeit wird nun in intensivster Weise fortgesetzt und es wird in nächster Zeit ein Landesbürgertag veranstaltet werden.

Eine Jöther Deputation beim Kriegsminister.

Heute mittag sprach unter Führung des Präsidenten des Jöther Landwirtebundes und des Landwirterates Johann Isöletei und des Obernotars Joltán Erdélyi eine

fünffziggliedrige Deputation der Gemeinde Jöth bei dem Kriegsminister vor. Die Deputation überreichte ihm ein Memorandum im Interesse der Evaluierung Jöths von dem französischen Spahinilitär. Es verweist darauf, während in vielen Gemeinden des Landes Plünderungen stattgefunden haben, herrsche in Jöth stets die größte Ordnung, daher eine militärische Besetzung überhaupt nicht nötig ist. Infolge der militärischen Besetzung ist in Jöth das wirtschaftliche Leben gelähmt worden, obwohl es von großer Wichtigkeit ist, daß dieses fleißige Volk, welches sich vorwiegend mit Küchengärtnererei befaßt, die Arbeit wieder aufnehmen. Denn diese Gemeinde sorgt in hohem Maße für die ungehinderte Approvisionnement von Budapest. Für den Fall, als es nicht gelingen sollte, bei dem französischen Kommando durchzusetzen, daß die Soldaten in eine andere Gemeinde verlegt werden, bittet die Deputation, der Minister möge interbenieren, daß der Bestand der Besetzungstruppen auf ein Minimum reduziert und deren Küchen, die bisher in Privatwohnungen waren, vereint werden mögen.

In seiner Antwort erklärte der Kriegsminister, die Bitte der Jöther dem französischen Kommando übermitteln zu wollen und sie auch wohlwollend zu befürworten. Er könne aber für ihre Erfüllung keine Garantie übernehmen. Hierauf begab sich die Deputation zu dem Ministerpräsidenten.

Der Ministerpräsident erklärte, er nehme die Wünsche der Jöther zur Kenntnis und werde im Interesse der Regelung dieser Frage noch heute mit Oberstleutnant Blyz in Berührung treten. Er hoffe, daß die Wünsche erfüllt werden, da seiner Ansicht nach der Aufenthalt französischer Truppen nach der Entfernung Madenens nicht mehr nötig sein dürfte und die Franzosen möglicherweise ihre Truppen in anderen Gemeinden unterbringen werden.

Eine Rede des Ministers Jási.

Die Radikale Partei des II. Bezirkes hielt heute vormittag eine Versammlung, an der auch die Minister Dstar Jási und Paul Szende teilnahmen. Nach der Eröffnungsansprache Benjamin Gappás ergriff Minister Jási das Wort; er jagte:

Die Presse, die jetzt mit vergifteten Pfeilen gegen mich kämpft, weiß wohl, weshalb sie meine Politik angeht. Die Hauptbeschuldigung gegen meine Politik ist: ich besorge in der Nationalitätenfrage eine außerst abstrakte, doktrinaire Politik. Man wirft mir vor, daß ich nicht feilsche, sondern einfach Rechte einräume, daß ich mich von prinzipiellen Gesichtspunkten leiten lasse, ohne mich nach alter ungarischer Manier in lange Unterhandlungen einzulassen und die Ansprüche herabsetzen zu trachten.

Schon als ich meine verantwortungsvolle Stellung übernahm, stellte ich den Satz auf: Entweder gelingt es, Ungarn nach Art der östlichen Schweiz einzurichten, oder dieses Land geht zugrunde; entweder eine neue Schweiz oder ein neuer Balkan. Ich habe diese meine Auffassung nicht verheimlicht, sondern diese Politik der Regierung unterbreitet, und der ganze Ministerrat hat sie genehmigt. Ich habe zugleich die Fühlungnahme mit allen maßgebenden politischen Faktoren gesucht. Wochen hindurch wurde kein Einwand gegen diese Politik erhoben. Der große Teil der Presse, die mich jetzt angreift, hatte nicht den moralischen Mut, damals meiner Politik entgegenzutreten. Ich habe die Verhandlungen nach diesen Prinzipien geleitet. Es hat mich keineswegs überrascht, daß die Verhandlungen zu keinem Ergebnis geführt haben. Es ist lächerlich, zu behaupten, daß meine Nationalitätenpolitik Schiffbruch erlitten hat. Diese Behauptung ist ebenso unüberlegt, wie die, daß der Gedanke des Pazifismus Schiffbruch erlitten habe. Der Pazifismus hat nie behauptet, daß er in stande sei, die durch verbündete Massenstimmungen entfachten Weltbrände zu löschen; er erklärte, daß man diesen Krieg durch eine kluge und vorsichtige Politik hätte vermeiden können. Ich behaupte: hätten wir in der Nationalitätenpolitik eine kluge und ehrliebe Politik betrieben, wäre diese verhängnisvolle Krise nie eingetreten. (Lebhafte Beifall.) Meine Politik behauptet, daß es keine Rückkehr zur alten verhängnisvollen Politik gibt. Nur die pflegen zu feilschen, die Geschäfte machen wollen. Ich will keine Geschäfte schließen, sondern Rechte einräumen allen, denen sie zukommen. Welche Unterhandlungen kann ein niedergemergenes, besiegtes Land ohne Arme, mit aufgelöstem Verfehr, mit aufgelöstem wirtschaftlichen Leben führen? Wir können uns nur von den Prinzipien der Gerechtigkeit leiten lassen. Als ich dem schwächsten und in der Kultur zurückgebliebensten Volke des Landes, dem russinischen, Rechte und eine Verfassung gab, die das Maximum dessen darstellen, was im Volk innerhalb der Grenzen des Landes rechtmäßig fordern kann, wünschte ich anzuwenden, daß die Politik, die von der Volksregierung befolgt wird, nicht die alte Hausierpolitik, nicht die Politik des Wohlpatres erdredeter Herrschaften, nicht die alte Brantweinpolitik, sondern die Politik der Gerechtigkeit ist: Ich will die Wilsonschen Prinzipien verwirklichen, ohne Rücksicht darauf, ob wir schwachen oder starken Völkern gegenüberstehen, ob diese anhänglich sind oder uns hassen. Wir wollen der Welt zeigen, daß wir ehrlich und ohne Hintergedanken mit dem alten System aufträmen wollen.

Die Herren Angreifer sehen das Unpatriotische ihrer Politik nicht, sie sehen nicht die internationale Gefahr, die darin liegt, daß heute, wo Masaryk die Russinen an die Seite der Tschechen laden will und ihnen volle Autonomie anbietet, es eine törichte Politik wäre, davon etwas abhandeln, keine Pakte schließen zu wollen. Welche Argumente würde dies unseren größten Feinden liefern, die dann behaupten könnten, es werde wieder das alte Doppelspiel fortgesetzt, die ungarische Nation in ihrer überwiegenen Mehrheit wolle auch jetzt nicht die Rechte gewähren, die die Weltdemokratie fordert. Diese Politik kann nicht fortgesetzt werden. Hier darf man nur auf grundsätzlicher Basis und mit offener Ehrlichkeit vorgehen. (Zustimmung.)

Wie kommt es aber, daß nun plötzlich ein Verbrechen geworden ist, was wochenlang es nicht war; wie kommt es, daß die wohlwollende und milde Presse, die die Notwendigkeit der Umwandlung Ungarns zu einer demokratischen Schweiz anerkannt hatte, gegen diese Politik mit einem Male die ver-